

# Braunschweiger Volksfreund

Nr. 3/2011

Zeitung des SPD-Unterbezirks Braunschweig

Dezember 2011/Januar 2012

## Urwahl: Stephan Weil ist unser Mann

Hannovers Oberbürgermeister Stephan Weil hat den Mitgliederentscheid der SPD gewonnen.

**S**tephan Weil ist der Kandidat der SPD für das Amt des Ministerpräsidenten. Dies haben über 60.000 Wahlberechtigte zur Wahl aufgerufenen Mitglieder am 27. November so entschieden. Auf Stephan Weil entfallen über 53 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen. Olaf Lies erhielt über 46 Prozent.

Stephan Weil ist überzeugt: „Bei der Landtagswahl 2013 ist ein Regierungswechsel in Niedersachsen möglich – das ist spätestens seit der Kommunalwahl am 11. September klar. Schwarz-Gelb hat keine Mehrheit mehr, Rot-Grün dagegen sehr wohl.“

Ich bin bereit, für die niedersächsische SPD als Ministerpräsidenten-Kandidat anzutreten. Ich

fühle mich meiner Partei, der ich seit einunddreißig Jahren angehöre, tief verbunden. Und ich habe als Kommunalpolitiker bewiesen, dass ich für die SPD erfolgreich Verantwortung übernehmen kann. Meine politischen Schwerpunkte in Kürze sind:

### Finanzen

Nach zehn Jahren als Stadtkämmerer kenne ich ihre Bedeutung. Ich stehe für solide Staatsfinanzen, die Schuldenbremse ist für mich verbindlich. Deshalb gibt es von mir keine Versprechungen.



Stephan Weil, 52 Jahre, Kandidat der SPD für das Amt des Ministerpräsidenten Niedersachsens. Foto: Rainer Jensen

### Staatsverständnis

Ich bin Anhänger eines aktiven Sozialstaats, der in die Zukunft investiert. Liberalisierung und Privatisierung lehne ich ab.

### Bildung

Hier besteht der größte Nachholbedarf: Wir müssen die Kinderbetreuung ausbauen und die frühkindliche Bildung verbessern. Wir benötigen deutlich mehr Ganztagschulen. Und wir werden Schluss machen mit der Diskriminierung von Gesamtschulen.

### Arbeit und Wirtschaft

Erfolgreiche Unternehmen und faire Arbeitsbedingungen sind die Grundlage unseres Wohlstands. Niedersachsen hat dabei gute Chancen: Der Mobilitätswirtschaft, der maritimen Wirtschaft, der Energiewirtschaft, der Ernährungswirtschaft und der Gesundheitswirtschaft gehören die Zukunft.

### Kommunen

Vielen Kommunen steht das Wasser bis zum Hals, sie müssen wieder handlungsfähig werden. Dafür werde ich mich vor allem in Berlin einsetzen.

### Umwelt und Energie

Es reicht nicht, die Atomkraftwerke abzuschalten. Niedersachsen kann bei den Erneuerbaren das Energieland Nr. 1 in Deutschland werden.

### Mein Politikstil

Ich arbeite wie viele Bürgermeister – bürgernah, sachlich, pragmatisch. Diese Tugenden könnten der Landespolitik gut tun, finde ich.

### Zum Schluss

Bestimmt ist vieles nicht gesagt, der Platz reicht nicht. Wer mehr von mir wissen will, wird auf [www.stephanweil.de](http://www.stephanweil.de) und auf [www.facebook.de/stephan.weil](http://www.facebook.de/stephan.weil) mehr finden. Ich freue mich auf die Diskussion!“

## SPD-Wahlversprechen umgesetzt: Rat beschließt 5. IGS

■ Der 8. November 2011 war ein guter Tag für viele Braunschweiger Schülerinnen und Schüler und deren Eltern: Der Rat der Stadt hat die Einrichtung einer 5. Integrierten Gesamtschule zum Schuljahr 2012/2013 beschlossen!

Die Mehrheit der Ratsmitglieder folgte damit einem von der SPD-Ratsfraktion erstellten interfraktionellen Antrag, die 5. Integrierte Gesamtschule im Schulzentrum Heidberg einzurichten. Damit haben endlich auch die Schülerinnen und Schüler im Süden

der Stadt die Möglichkeit diese Schulform wohnortnah zu besuchen. Der dringende Bedarf nach einer 5. IGS wurde im letzten Sommer wieder einmal deutlich, als rund die Hälfte der 900 Grundschüler, die auf diese Schulform wechseln wollten, abgewiesen werden mussten.

Der SPD-Unterbezirksvorsitzende und Ratsherr Christoph Bratmann hatte als schulpolitischer Sprecher den Antrag eingebracht. Er wies das Ansinnen der CDU zurück, zunächst eine Bürgerbefragung über die Er-

richtung der 5. IGS durchzuführen. „Dies ist eine durchsichtige Taktik, das zu verzögern, was man nicht mehr verhindern kann. Das Schulgesetz schreibt vielmehr eine Elternbefragung vor, die nun schnellstmöglich durchgeführt werden soll.“

Auch wenn die 5. IGS nicht in die bildungspolitischen Vorstellungen der CDU passt, muss die Schulpolitik nun mal dem Elternwillen folgen, und dieser wird durch die Anmeldezahlen jedes Jahr eindrucksvoll deutlich.“

## Lauge aus dem Atommülllager Asse II in Braunschweig

Klaus-Peter Bachmann, MdL: „Anwohner erfuhren es aus der Zeitung“

■ Die Anwohner in Thune erfuhren es am 27. Oktober 2011 aus der Braunschweiger Zeitung: Die Firma Eckert & Ziegler Nuclitec (EZN) hat an ihrem Standort im Norden von Braunschweig, mitten in einem Wohngebiet, an sogenannten Vorversuchen teilgenommen. Dabei sollte erprobt werden, wie Lauge aus dem Atommülllager Asse II dekontaminiert werden könnte.



Klaus-Peter Bachmann im Landtag

„Es ist ein Skandal, dass die Öffentlichkeit und politische Gremien der Stadt erst nach-

träglich unterrichtet werden“, kritisiert der Braunschweiger SPD-Landtagsabgeordnete Klaus-Peter Bachmann. Ihm hatten in den vergangenen Monaten besorgte Anwohner über merkwürdige Aktivitäten auf dem Firmengelände von EZN berichtet.

Unverständlich ist eine Mitteilung des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt und Klimaschutz, ebenfalls vom 27. Oktober. Darin steht, eine Beauftragung der Firma EZN zur Behandlung der Laugen sei ausgeschlossen, weil die „Voraussetzungen vor Ort nicht gegeben sind“. Deswegen haben Klaus-Peter Bachmann und der umweltpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Detlef Tanke am 16. November 2011 eine Kleine Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Landesregierung gerichtet.

Sie wollen wissen, warum EZN für Vorversuche ausgewählt wurde, wenn die Voraussetzungen für die Bearbeitung der Lauge in Thune gar nicht gegeben sind. Welche Voraussetzungen seien das überhaupt und werden sie auf anderen Geländen der Firma erfüllt? Wer wusste von den Versuchen in Thune? Bestand Gefahr für die Anwohner? Wie wurde eine während der Versuche mögliche Strahlung überwacht? Wurden auch anderswo solche Versuche durchgeführt und mit welchen Ergebnissen? Welchen Standort zieht die niedersächsische Landessammelstelle vor?

Die Landesregierung muss diese Fragen während der Sitzungswoche vom 6. bis 9. Dezember beantworten. „Wir sind auf ihre Erklärungen gespannt“, erklärt Bachmann.

## Das „Pflege-Reförmchen“ im „Jahr der Pflege“

**H**och geflogen, hart gelandet. Das könnte die Überschrift über das im Dezember 2010 ausgerufene „Jahr der Pflege“ sein. Die vom damaligen Gesundheitsminister Rösler (FDP) geweckten Erwartungen hat sein Nachfolger Bahr (FPD) nicht ansatzweise erfüllt.

Ursprünglich sollte die als großer Wurf angekündigte Pflegereform noch vor der parlamentarischen Sommerpause präsentiert werden. Doch erst am 6. November einigte sich die CDU/FDP-Koalition auf einen Kompromiss, der exakt 13 Zeilen umfasste. Kurz nach dieser Einigung hat das Kabinett die Eckpunkte, die ebenfalls reichlich vage bleiben, gebilligt. „Eine Pflegereform kann man die beschlossenen Eckpunkte allerdings nicht nennen, höchstens ein Pflege-Reförmchen“, so Carola Reimann, Vorsitzende des Gesundheitsausschusses des Bundestages.

Im Kern hat die Regierung beschlossen, dass sich der Beitragssatz für die Pflegeversicherung ab 2013 um 0,1 Prozentpunkte von 1,95 auf 2,05 Prozent (für Kinderlose von 2,2 auf 2,3 Prozent) erhöht. Für die Versicherten bedeutet dies ein Anstieg von maximal 3,82 Euro im Monat, die bei abhängig Beschäftigten zur Hälfte vom Arbeitgeber getragen werden. Durch diese Anhebung werden die Pflegekassen rund 1,1, Milliarden Euro mehr einnehmen. Daraus sollen Leistungen für Demenzzranke und für pflegende Angehörige beglichen werden. Ab dem 1. Januar 2013 wird zugleich eine freiwillige private Vorsorge für den Pflegefall aufgebaut, die steuerlich geför-



Die Braunschweiger Abgeordnete Dr. Carola Reimann (links) im Gesundheitsausschuss.

dert werden soll. Pläne für eine verpflichtende private Vorsorgeversicherung scheiterten am Widerstand der CSU.

Die Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs wird von Schwarz-Gelb weiter auf die lange Bank geschoben. „Die 1,4 Millionen Demenzzranke in Deutschland bekommen durch dieses Reförmchen auch in Zukunft keine ausreichende Leistungen, Die Pflegeversicherung wird auch nicht auf eine neue Grundlage gestellt. Es bleibt dabei: viele Demenzzranke fallen durch die Maschen der Pflegeversicherung fallen. Denn kognitive und psychosoziale Einschränkungen werden viel zu wenig berücksichtigt. Dies ist reines Flick- und Stückwerk und keine Reform mit solidem und nachhaltigen Finanzierungskon-

zept“, so Reimann.

Außer der Opposition kritisierten auch zahlreiche Sozialverbände, darunter der VdK, der Paritätische Wohlfahrtsverband, Caritas und Diakonie, und Gewerkschaften die Pflege-Eckpunkte. Um die häusliche Pflege Demenzzranke finanziell wirksam zu unterstützen, wären mindestens drei Milliarden Euro pro Jahr notwendig. Der Finanzrahmen, den die Eckpunkte vorsehen, ist also völlig unzureichend.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Einführung einer Bürgerversicherung zur Finanzierung der Pflege. Dazu wurde ein umfangreiches Papier vorgelegt, das derzeit mit Gewerkschaften, Verbänden, und Pflegeeinrichtungen diskutiert wird.

# In Zukunft entscheiden die besseren Argumente

„Mit den neuen Mehrheiten im Rat gibt es auch eine neue politische Kultur.“

■ Die Kommunalwahl vom September hat die Mehrheitsverhältnisse im Rat der Stadt verändert. Die Koalitionsfraktionen CDU und FDP erlitten erhebliche Verluste und stellen einschließlich der Stimme des Oberbürgermeisters nur noch 23 der 55 Sitze im neu gewählten Rat. Damit gibt es nach 10 Jahren Schwarz-Gelb vollkommen neue Möglichkeiten, zu Mehrheiten für Entscheidungen zu kommen.

Bei 16 Mandaten für die SPD und 9 Mandaten für die Grünen reicht es allerdings auch nicht für eine schwarz-grüne Koalition. Dazu müsste zumindest noch die BIBS-Fraktion beteiligt werden, und ein solches Bündnis hätte nur eine Ein-Stimmen-Mehrheit. Das ist keine realistische Alternative. Auch eine feste Koalition mit den Parteien „Die Linke“ und der Piratenpartei macht bei der dann immer noch knappen Mehrheit und den unterschiedlichen Vorstellungen der Beteiligten wenig Sinn.

Allerdings ist eine feste Koalition auch nicht erforderlich: Anders als in der Bundes- und Landespolitik ist auf Kommunebene keine Regierung zu wählen, denn der „Regierungschef“ – Oberbürgermeister Dr. Hoffmann – ist als direkt gewählter Verwaltungschef noch bis zum Jahr 2014 im Amt. Deshalb ist es nach vielen Jahren endlich wieder möglich, im Rat Entscheidungen ohne Koalitionszwänge allein aufgrund von Sachargumenten zu fällen. Das kann und wird zu wechselnden Mehrheiten führen – eine Tatsache, die vor allem für die Medien äußerst ungewohnt ist, weil sie sich daran gewöhnt haben, die Parteien in Lager einzuteilen.

Manfred Pesditschek, alter und neuer Fraktionsvorsitzender der SPD, meint: „10 Jahre lang haben CDU und FDP mit ihrer Ein-Stimmen-Mehrheit alle Entscheidungen getroffen und alle Initiativen anderer Partei-



Manfred Pesditschek, Fraktionsvorsitzender der SPD im Rat der Stadt.

en abgeblockt. Für diese erstarrte Politik hat Schwarz-Gelb die Quittung bekommen. Jetzt müssen die Parteien ihre Positionen inhaltlich überzeugend begründen, und danach werden die Beschlüsse gefällt. Es gibt viele Themen, bei denen jetzt eine Mehrheit möglich ist, wie sich in der November-Ratssitzung bereits bei der Einrichtung einer 5. Integrierten Gesamtschule gezeigt hat. Folgen könnten Beschlüsse über die Wiedereinrichtung einer Verbraucherberatungsstelle, die Verlängerung der Stadtbahn nach Volkmarode oder die Neuschaffung des Braunschweig-Passes.“

Nach Meinung von Pesditschek ist das wichtigste Thema der nächsten Jahre die Bildungspolitik, und zwar schon ab dem Kleinkindalter. Das beginnt bei der Schaffung von Krippenplätzen, damit der gesetzlich garantierte Anspruch der Eltern und Kinder darauf auch erfüllt werden kann. Es müssen zusätz-

liche Plätze in Kindertagesstätten eingerichtet werden, und die jeweilige Betreuungszeit muss den Bedürfnissen der Kinder und Eltern angepasst werden. Im Schulbereich muss die Ganztagschule der Regelfall werden, zumindest in der Form der offenen Ganztagschule. Hier können die Eltern entscheiden, ob ihr Kind auch am Nachmittagsangebot der Schule teilnimmt. Nicht zuletzt muss die Ausstattung der Schulen dringend modernisiert werden, um den heutigen Ansprüchen genügen zu können.

Ebenfalls dringlich ist die Unterhaltung des städtischen Vermögens. Im Gegensatz zu ständigen Behauptungen seitens der alten Ratsmehrheit ist hier in den vergangenen zehn Jahren viel zu wenig passiert. Die Sanierung von Schulgebäuden und Kitas ist kaum vorangekommen. Das zu diesem Zweck beschlossene und wortreich gepriesene PPP-Programm hat sich um Jahre verzögert und wird allein nicht ausreichen, den Wertverlust aufzuhalten, der durch unterlassene Bauunterhaltung und Sanierung an den Gebäuden auftritt. Ein ähnliches Bild zeigen die städtischen Straßen. Auch hier muss viel saniert, repariert und unterhalten werden, um weiterem Wertverlust entgegenzuwirken und hohe Instandhaltungskosten zu vermeiden. Außerdem werden erhebliche Aufwendungen im Bereich der Inneren Sicherheit für die Berufsfeuerwehr benötigt, aber auch für eine zweckmäßige Organisation und Unterbringung der freiwilligen Feuerwehren.

Pesditschek: „Es wird erheblicher Anstrengungen bedürfen, um den hohen Anforderungen an die städtische Politik nachzukommen. Die SPD wird mit Engagement und Augenmaß dafür arbeiten, diesem Anspruch gerecht zu werden.“

## SPD trauert um Bernhard Ließ



Bernhard Ließ †

■ Mit Bernhard Ließ verliert die SPD einen Sozialdemokraten, der nicht nur die Braunschweiger SPD über Jahrzehnte geprägt hat, sondern sich auch stets für die Weiterentwicklung der Stadt Braunschweig eingesetzt hat. Unser tiefstes Mitgefühl gilt seiner Familie.

Er hat sein Leben der Sozialdemokratie gewidmet. Nach dem Zweiten Weltkrieg gehörte er zu den Mitbegründern der

SPD-Jugendorganisation. 1959 wurde er in den Rat der Stadt Braunschweig gewählt und bekleidete das Amt des Oberbürgermeisters von 1964 bis 1972. Als Landtagsabgeordneter und als Direktor des Großraumverbandes Braunschweig, setzte er sich für die Entwicklung unserer Region ein. Mit seiner fachlichen Kompetenz konnte er auch politische Gegner für unsere politischen Ziele gewinnen.

Über Jahrzehnte hat er die Braunschweiger Sozialdemokratie in der Öffentlichkeit würdig vertreten. Bis vor einem Jahr war er noch Vorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft 60plus, die er in den 90er Jahren gegründet hatte.

Bernhard Ließ war als Braunschweiger und Sozialdemokrat mit Leib und Seele in der Öffentlichkeit und innerhalb der Partei sehr beliebt.

## Bürgermeisterin Annegret Ihbe: Wir gratulieren!

■ Annegret Ihbe ist in der konstituierenden Ratssitzung für die Ratsperiode 2011 bis 2016 als eine der drei ehrenamtlichen Stellvertreterinnen des Oberbürgermeisters der Stadt Braunschweig gewählt worden. Als Bürgermeisterin wird sie zukünftig den Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig vertreten. Wir gratulieren Annegret Ihbe und wünschen ihr bei der Ausübung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit viel Erfolg!

Annegret Ihbe ist Regierungsschuldirektorin und seit 1981 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Als Sozial- und Bildungsexpertin möchte sie in der kommenden Amtsperiode insbesondere die Kinder- und Familienarmut in Braunschweig weiter zu mindern. „Wichtig ist mir für die Betroffenen eine verbesserte Teilhabe an allen Bildungsangeboten zu ermöglichen. Als Mitglied im Wirtschaftsausschuss möchte ich mich außerdem für die Weiterentwicklung des Forschungs- und Entwicklungsstandorts Braunschweig einsetzen,“ nennt Annegret Ihbe ihre persönlichen Schwerpunkte.

Natürlich wünscht sie sich auch eine bürgernahe und transparente Kommune. Deshalb



Annegret Ihbe (SPD)

ist aus ihrer Sicht in eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei Zukunftsfragen, zum Beispiel in den Bereichen „Energie“ oder „Soziales und Bildung“ erforderlich.



Die SPD Braunschweig wünscht ein frohes Fest  
und ein gesundes Jahr 2012.

### Mitglied in der SPD werden!

■ Finden Sie nicht auch, dass es sich lohnt, für ein modernes und gerechtes Deutschland, für eine zukunftsorientiertes Niedersachsen oder für ein lebenswertes Braunschweig zu arbeiten? Überall engagieren sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dafür, die Welt ein Stück gerechter zu machen. - Machen Sie doch einfach mit!

► Mehr Informationen bei der SPD, Schloßstraße 8 in Braunschweig oder im Internet unter [www.spd-braunschweig.de](http://www.spd-braunschweig.de)

### Jeden Donnerstag um 16 Uhr:

#### SPD-Bürgersprechstunde im Rathaus

■ Jeden Donnerstag – mit Ausnahme der Schulferien – steht den Bürgerinnen und Bürgern ein Mitglied der SPD-Ratsfraktion für ein Gespräch in der Geschäftsstelle der SPD-Fraktion im Rathaus-Altbau, Zimmer A1.51, von 16 – 17 Uhr zur Verfügung. Eine Anmeldung ist möglich telefonisch unter 470-2211. Weitere Informationen: [www.spd-ratsfraktion-braunschweig.de](http://www.spd-ratsfraktion-braunschweig.de).

### Bürgersprechstunden der SPD-Abgeordneten

■ Die Braunschweiger SPD-Abgeordneten bieten in Geschäftsstelle in der Schloßstraße 8 regelmäßig Bürgersprechstunden an. Anmeldung wird erbeten unter Telefon 05 31 / 4 80 98 21. Die Termine sind :

- **Dr. Carola Reimann, MdB:**  
– Di., 10. Januar, von 10 – 18 Uhr
- **Klaus-Peter Bachmann, MdL:**  
– Mi., 4. Januar 2012, 14.30 Uhr  
– Mi., 8. Februar 2012, 14.30 Uhr

### Impressum

#### Braunschweiger Volksfreund

**Herausgeber:** SPD-Unterbezirk Braunschweig, Schloßstraße 8, 38100 Braunschweig

**Internet:** [www.spd-braunschweig.de](http://www.spd-braunschweig.de)

**Redaktion:** Detlef Kühn (VidSP), Sigrid Herrmann, William Labitzke  
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 27.11.11

**Druck:** bs-druck, Braunschweig

**Erscheinungsweise:** vierteljährlich, Auflage: 50 000 Ex.

**Bankverbindung/**  
Spendenkonto des  
SPD-Unterbezirks:  
SEB, BLZ 270 101 11,  
Konto 100 600 1200

